

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 69 (1982)
Heft: 11: Politische Bildung in der Schule

Artikel: Systemvergleich im Staatsbürgerkundeunterricht in der DDR
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-531233>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

verlangt andere Methoden als einer, der Stabilität wünscht.

Neben den üblichen Unterrichtsformen, die alle ihren Platz haben, möchte ich drei besonders hervorheben:

- *Abstimmungsvorlagen*: Die kantonalen und eidgenössischen Vorlagen bieten sich vorzüglich an, Komplexität und Interessenkonflikte einzelner Entscheide aufzuzeigen. Dabei kann stückweise das Parteienprofil herausgearbeitet werden. Dem gewandten Lehrer wird es leicht fallen, mit einem PRO-Referat die Schüler zu überzeugen, dass nur ein Ja richtig sein kann. Mit dem anschliessenden CONTRA-Referat wird er die Schüler wieder umstimmen können. Anschliessend sollte der Lehrer seinen persönlichen Entscheid klarstellen. Bei einer nächsten Abstimmung werden die Schüler selbst solche Referate halten. Sie lernen dabei, über längere Zeit die Zeitungen zu lesen.
- *Spiel*: Besonders lehrreich im politischen Unterricht sind Spiele. Der Vorteil besteht darin, dass die Seminaristen nicht nur kognitiv, sondern auch emotional Interessengegensätze erleben. Bei einem Spiel (z.B. «Umzonung in Oberwil») lassen sich die vielfältigsten Inhalte (Gemeindeorganisation, Zonenplan, Steuerwesen u.a.m.) und Werte (Zuhören, Analysieren, Toleranz, Kompromissfähigkeit) verbinden.

- *Begegnungen*: Sie sind das Salz des politischen Unterrichts. Der Besuch einer Gerichtsverhandlung, einer Sitzung des Grossen Rates oder das Gespräch mit einem Politiker bringen, sind sie richtig vor- und nachbereitet, nachhaltigen Gewinn.

Schlussgedanke: Jeder Unterricht ist politische Bildung

Politisch beeinflusst wird der Seminarist nicht nur in der politischen Bildung. Die Art, wie in den einzelnen Fächern und am Seminar insgesamt mit der Meinung der Schüler umgegangen wird und wie Konflikte gelöst werden, ist für das politische Verhalten der zukünftigen Lehrer wohl, weil unbewusst, ebenso wichtig wie die politische Bildung als Fach. Das mag den Lehrer, der an einem Seminar politische Bildung erteilt, entlasten.

Literatur

Die Literatur zum Bereich politische Bildung ist unübersehbar. Zwei neuere Titel mögen genügen. Weitere Hinweise in diesen beiden Bänden.
Wolfgang W. Mickel: Methodik des politischen Unterrichts. Hirschgraben-Verlag, Frankfurt am Main, 4. Aufl., 1980.
V. Briese, W. Heitmeyer, A. Klönne (Hrsg.): Entpolitisierung der Politikdidaktik? Beltz-Verlag, Weinheim/Basel 1981.

Systemvergleich im Staatsbürgerkundeunterricht in der DDR*

Bedeutung des Faches

Das Fach Staatsbürgerkunde wird in der «Zehnklassigen» allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule von der 7. bis zur 9. Klasse jeweils einstündig, in der 10. Klasse mit zwei Wochenstunden unterrichtet. In der «Erweiterten Oberschule» (Abitur-

stufe) werden in der 11. Klasse eine und in der 12. Abschlussklasse zwei Wochenstunden erteilt. In der zweijährigen Berufsausbildung sind für das Fach insgesamt 76 Stunden vorgesehen. Staatsbürgerkunde steht in engem Zusammenhang mit den anderen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern Geschichte und Geographie sowie mit der Wehrerziehung und mit der Arbeit der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in der Schule. Trotz der relativ geringen Stundenanteile wird dem Staatsbürgerkundeunterricht eine «Schlüsselfunktion» im Prozess der poli-

* aus: Informationen für politische Bildung 192/1982.

tisch-ideologischen Erziehung zugewiesen: als erzieherische Aufgabe stehen Kernelemente der «Sozialistischen Persönlichkeit», nämlich eine hohe weltanschauliche Bildung und ein fester Klassenstandpunkt, im Vordergrund, wobei zugleich Ergebnisse der ideologischen Erziehung anderer Fächer zusammengeführt und gefestigt werden sollen.

Es ist Aufgabe des Staatsbürgerkundeunterrichts, «in lebensnaher Weise politische, ökonomische, philosophische Kenntnisse zu vermitteln und so in den Marxismus-Leninismus einzuführen... Es geht... in Staatsbürgerkunde darum, den Marxismus in Aktion, in seiner schöpferischen Anwendung zu lehren. Damit stehen das Verständnis für die Politik von Partei und Regierung sowie die Entwicklung der bewussten und tätigen Parteinahme für unsere sozialistische DDR im Mittelpunkt des Unterrichts.» (Margot Honecker, Minister für Volksbildung, 1969)

Ziele des Systemvergleichs

(Auszüge aus den gleichen Lehrplänen)

Klasse 7

«Der Staatsbürgerunterricht in der Klasse 7 soll die Schüler zur Liebe zur Arbeiterklasse und ihrer Partei erziehen. Er soll bei ihnen die Gefühle der Freundschaft zur Sowjetunion und zu den anderen Völkern der sozialistischen Staatengemeinschaft vertiefen, Abscheu und Hass gegenüber den Imperialisten und Militaristen wecken und ihre Bereitschaft zu entsprechendem Handeln entwickeln. Aufgabe des Staatsbürgerkundeunterrichts in dieser Klassenstufe ist es, das Interesse der Schüler an politischen Fragen zu fördern und sie zu befähigen, zunehmend selbständig ihr politisches Wissen zu erweitern und den richtigen politischen Standpunkt überzeugend zu vertreten».

Klasse 8

«Der Unterricht in Klasse 8 soll die Überzeugung der Schüler festigen, dass die Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei die Hauptkraft der sozialistischen Gesellschaft ist und sie diese im festen Bündnis mit allen anderen Werktätigen aufbaut.

Der Unterricht muss die Verbundenheit der Schüler mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei vertiefen und ihre patriotische und internationalistische Haltung weiter festigen.

In diesem Zusammenhang ist die Bereitschaft der Schüler zu entwickeln, klassenmässig zu handeln und die grossen Möglichkeiten zur aktiven und verantwortungsbewussten Mitgestaltung des Sozialismus zu nutzen.

Der Unterricht soll dazu beitragen, den Stolz der Schüler auf die historischen Errungenschaften des Sozialismus und ihre Überzeugung von der Überle-

genheit des Sozialismus über den Kapitalismus zu entwickeln und zu festigen».

Klasse 9

«Die Schüler sollen den Kapitalismus als menschenfeindlich erfassen, ihn verurteilen und zum glühenden Hass auf den Imperialismus als Todfeind der Völker erzogen werden. Sie sollen gegenüber dem aggressiven Wesen des Imperialismus und den raffinierten Methoden seiner Politik parteilich Standpunkt beziehen und die Überzeugung gewinnen, dass die Verteidigung unseres sozialistischen Vaterlandes notwendig ist».

Klasse 10

«Der Unterricht muss dazu beitragen, die Überzeugung der Schüler von der führenden Rolle der Arbeiterklasse zu festigen und ihre Liebe und Achtung gegenüber der Partei der Arbeiterklasse zu vertiefen. Der Unterricht hat die Schüler zur Bereitschaft zu erziehen, den Sozialismus zu schützen und zu verteidigen. Er soll sie mit tiefem Hass gegenüber dem menschenfeindlichen Imperialismus erfüllen. Das Verantwortungsbewusstsein der Schüler gegenüber der allseitigen Stärkung des Sozialismus wird weiterentwickelt. Die Schüler sollen sich fest mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft verbunden fühlen und im Geiste des sozialistischen Internationalismus handeln».

Klasse 11/12 (Abiturstufe)

«Im Zusammenhang mit der Aneignung von philosophischen Kenntnissen sind das konsequent dialektisch-materialistische Herangehen an Erscheinungen und Entwicklungsprozesse in Natur und Gesellschaft, das dialektische Denken und das klassenmässige Werten weiterzuentwickeln. Die Schüler sollen zunehmend befähigt werden, ihre weltanschaulich-philosophischen Kenntnisse beim tiefen Eindringen in das Wesen gesellschaftlicher Erscheinungen, bei der parteilichen, fundierten Stellungnahme und Argumentation zu politischen und weltanschaulichen Fragen sowie bei der Auseinandersetzung mit der Ideologie des Klassengegners zu nutzen.

(...)

Die Auseinandersetzung mit ausgewählten Inhalten und Erscheinungsformen imperialistischer Ideologie ist offensiv zu führen. Für den Nachweis des Klassencharakters der imperialistischen Ideologie, ihrer Unwissenschaftlichkeit und Menschenfeindlichkeit sind die marxistisch-leninistischen Kenntnisse der Schüler einzusetzen. Auf diese Weise sind die Herausbildung und Festigung parteilicher und wissenschaftlich begründeter Standpunkte bei den Schülern zu fördern».

Systemvergleich im Unterricht in der Klasse 7

Lehrplanauszug

Stoffeinheit 4

Die sozialistische DDR und die imperialistische BRD – zwei Staaten mit gegensätzlicher gesellschaftlicher Ordnung: 5 Stunden

Zum Abschluss des Staatsbürgerkundeunterrichts in der Klasse 7 werden die Schüler mit einigen grundsätzlichen Fragen des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus in der Gegenwart vertraut gemacht. Sie sollen begreifen, dass die Klassenauseinandersetzung zwischen der sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD Ausdruck und Bestandteil des weltweiten Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus ist.

Ausgehend von den Erkenntnissen aus den Stoffeinheiten 1 bis 3, dass die DDR fester Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft ist und dass sich die Entwicklung der DDR im harten Klassenkampf, besonders mit dem Imperialismus in der BRD, vollzogen hat, sind die Schüler zu der Einsicht zu führen, dass die BRD ein imperialistischer Staat ist und dass die gesellschaftlichen Ordnungen in der DDR und der BRD unvereinbar sind.

Vor allem am Beispiel der BRD sollen die Schüler begreifen, dass der Imperialismus eine menschenfeindliche, aggressive und räuberische Gesellschaftsordnung ist und bleibt. Die Schüler müssen erkennen, dass der Imperialismus der Hauptfeind der Menschheit ist, dass aber die Macht des Sozialismus und seine Friedenspolitik den Imperialismus zunehmend dazu zwingen, sich dem veränderten Kräfteverhältnis anzupassen. Am Beispiel des Imperialismus der BRD soll den Schülern deutlich werden, dass der Imperialismus sein aussenpolitisches Hauptziel, den Sozialismus zu vernichten, nicht aufgegeben hat und dass er seine Ziele in der Gegenwart mit verschiedenen Methoden zu erreichen versucht. Auf diese Weise soll den Schülern ein klares Feindbild vermittelt und ihre parteiliche Haltung gegenüber dem Imperialismus vertieft werden. Die Stoffeinheit soll dazu beitragen, die Schüler zum Stolz auf den Sozialismus zu erziehen und ihre Bereitschaft zu entwickeln, die sozialistische DDR allseitig zu stärken und sie zu verteidigen.

(...)

Der grundsätzliche Unterschied der Ergebnisse der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR und der BRD (Zusammenfassung):

Entgegengesetzte politische und ökonomische Verhältnisse, aussen- und innenpolitische Zielstellungen. Wachsende Bedeutung der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus auf dem Gebiet der Ideen (an ausgewählten Beispielen). Die Unvereinbarkeit von Sozialismus und Imperialismus. Die Notwendigkeit, den Sozialismus zu verteidigen (ausgewählte Beispiele, histo-

rische Erfahrungen der Länder des Sozialismus, besonders der Sowjetunion).

Die zwischen der DDR und der BRD unwiderruflich vollzogene Abgrenzung – Ausdruck des Bestehens zweier voneinander unabhängiger Staaten mit gegensätzlicher sozialer Ordnung. Die Herstellung normaler völkerrechtlicher Beziehungen zwischen der DDR und der BRD als einzige Möglichkeit des friedlichen Nebeneinanderbestehens der beiden grundverschiedenen Staaten.

Hinweise zur Unterrichtsgestaltung

Bei der Gestaltung des Unterrichts ist der erste Teil der Stoffeinheit als Zusammenfassung der in den Stoffeinheiten 1 bis 3 vermittelten Kenntnisse über die feste Verankerung der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft und über die Klassenauseinandersetzung besonders mit dem Imperialismus der BRD zu gestalten.

Bei der Kennzeichnung des menschenfeindlichen Imperialismus in der Gegenwart kommt es besonders darauf an, unter Bezugnahme auf den vorhergehenden Unterricht die Schüler anhand von Beispielen zur parteilichen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus vom Standpunkt der sozialistischen Errungenschaften zu befähigen und auf diese Weise die Erkenntnis von der Unvereinbarkeit von Sozialismus und Imperialismus zu erarbeiten. Dabei ist es notwendig, auf Fragen und Probleme der Schüler einzugehen und sich mit jeweils aktuellen Erscheinungen in den Beziehungen zwischen der sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD auseinanderzusetzen.

(Lehrplan für Staatsbürgerkunde Klasse 7, Ausgabe 74, Berlin [Ost] 1978).

Zusammenfassung für den Schüler

4.5. DDR und BRD – Ausdruck zweier Klassenlinien in der Welt (Zusammenfassung)

(...)

Erstens: In der DDR hat die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen Werktätigen die Macht. Hier gehören die Produktionsmittel und alle gesellschaftlichen Reichtümer dem Volk.

(...)

In der BRD üben die Monopolherren die politische und wirtschaftliche Macht aus.

(...)

Zweitens: In der DDR dienen alle staatlichen Massnahmen dem Wohlergehen und dem besseren Leben des ganzen Volkes.

(...)

In der BRD wird das Volk mit teils raffinierten, teils brutalen Herrschaftsmethoden unterdrückt, und seine Interessen werden missachtet.

Drittens: Die DDR kämpft als sozialistischer Frie-

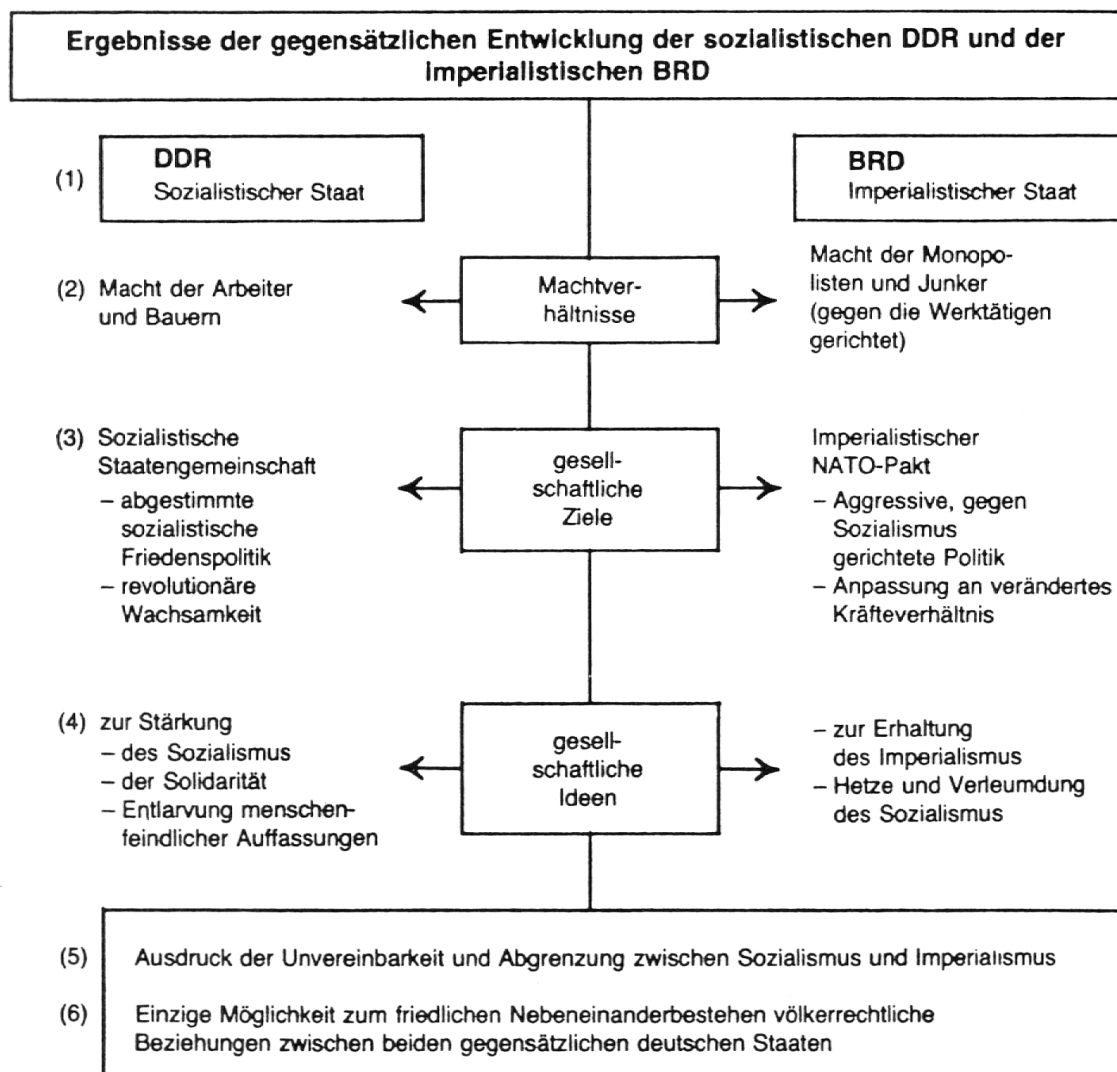
densstaat gemeinsam mit der UdSSR und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft sowie mit allen fortschrittlichen Menschen für die Erhaltung des Friedens, für sozialen Fortschritt und Völkerverständigung.

Die BRD strebt an der Seite der Imperialisten der USA und anderer imperialistischer Länder nach der Beseitigung des Sozialismus in der DDR und in den anderen sozialistischen Staaten. Sie unterstützt die Kriegspolitik anderer imperialistischer Staaten und hilft ihnen bei der Unterdrückung anderer Völker. (Staatsbürgerkunde 7. Klasse, Lehrbuch, Berlin [Ost] 1979).

Systemvergleich Klasse 11/12 (Abiturstufe)

Im Rahmen der Unterrichtseinheit «Staat und Revolution» wird vorgeschlagen, den qualitativen Unterschied zwischen den Staaten durch Einsatz folgender Übersicht als Folie herauszuarbeiten. In der Unterrichtshilfe heisst es dazu: «Zunächst werden die Kriterien eingesetzt. Dann werden die Merkmale für den imperialistischen Staat, anschliessend für den sozialistischen Staat zusammengetragen und zusammenfassend verglichen und bewertet».

Unterrichtshilfe für den Lehrer: Vorschlag für ein Tafelbild als Zusammenfassung



(Staatsbürgerkunde 7. Klasse, Unterrichtshilfen, Berlin [Ost] 1974)

Der qualitative Unterschied zwischen dem imperialistischen und dem sozialistischen Staat

Kriterien	imperialistischer Staat	sozialistischer Staat
ökonomische Grundlage	monopolistisches Eigentum an Produktionsmitteln	gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln
politisch herrschende Klasse	Monopolbourgeoisie	Arbeiterklasse; Bündnis mit den Genossenschaftsbauern und den anderen Werktätigen
Diktatur gegen wen?	gegen Arbeiter und alle Werktätigen, Aggression nach außen	Brechen des Widerstandes der gestürzten Klasse; Schutz gegen Aggression von außen; beste Bedingungen für den sozialistischen Aufbau schaffen
Demokratie für wen?	für die Monopolbourgeoisie, Scheindemokratie	für die Arbeiterklasse, die Genossenschaftsbauern und alle anderen Werktätigen
entscheidende Funktionen	<ul style="list-style-type: none"> – ökonomische Macht der Monopole erhalten und erweitern – Aggression nach außen – Gewalt nach innen 	<ul style="list-style-type: none"> – Unmittelbare Leitung und Planung der Volkswirtschaft, planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse – sozialistische Bildung und Erziehung aller Werktätigen – Schutz der sozialistischen Staatsmacht vor Aggression von außen – proletarischer Internationalismus
Entwicklungstendenzen	Verschärfung des antagonistischen Widerspruchs zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten (Lösung nur durch sozialistische Revolution, durch Sturz des imperialistischen Staates möglich)	Stärkung und Entwicklung der sozialistischen Staatsmacht durch weitere Entfaltung und Vervollkommen der sozialistischen Demokratie und Qualifizierung der staatlichen Leitung, Entwicklung zum Staat des ganzen Volkes, Vertiefung der Beziehungen innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft

(Staatsbürgerkunde Klassen 11/12, Unterrichtshilfen, Berlin [Ost] 1981)

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Schulanfang: Im August wird beraten

Die für die Fragen der Schulkoordination zuständige Nationalratskommission will am 19. August über das weitere Vorgehen in der umstrittenen Frage des Schuljahresanfangs entscheiden. Wie das Kommissionssekretariat mitteilte, wurde von Kommissionsmitgliedern bedauert, dass die Abstimmungen in Bern und Zürich über diese Frage am 6. Juni nicht die erhoffte Klarheit gebracht haben.

Gegenwärtig liegen der Kommission eine Volksinitiative, eine parlamentarische Initiative und drei Standesinitiativen vor. Sie alle haben das Ziel der Vereinheitlichung des Schuljahresanfangs. Bundesrat Hans Hürlimann hatte bereits bei der Be-

ratung des Geschäftsberichts vor dem Ständerat bedauert, dass beim Problem des Schuljahresanfangs das Konkordat der Kantone offenbar zu wenig griffig sei. Der Volksinitiative könne nun nicht mehr ausgewichen werden, betonte der Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern.

ZH: Rätoromanisch an der Zürcher Universität

Die Zürcher Regierung ist gegen ihren Willen dazu aufgefordert worden, in Zusammenarbeit mit dem Bund und dem Kanton Graubünden die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit an der Uni-